Fraktion aktuell

SPD RATSFRAKTION

Nr. 42 | 12.03.2021

Liebe Leserin, lieber Leser,

anlässlich des Internationalen Frauentages und des Equal Pay Days ist vielfach an die anhaltende Benachteiligung von Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und im Erwerbsleben erinnert worden. Auch wir haben auf dieses Thema hingewiesen, das aktueller denn je ist, da Frauen mehr Lasten der Corona-Pandemie zu tragen haben als Männer.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Gleichberechtigte Teilhabe und gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Der Internationale Frauentag und der Equal Pay lagen in diesem Jahr mit dem 8. und dem 10. März zwar nur zwei Tage auseinander, doch nehmen wir den Umstand nicht hin, dass Frauen mehr als zwei Monate mehr als Männer arbeiten müssen, um auf den gleichen Lohn zu kommen. Genau auf diese Ungerechtigkeit macht der jährliche Equal Pay Day aufmerksam.

Wir haben deshalb in einer Aktion unsere Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern an der Er-

Facebook-Post
vom 10. März 2021.

werbsarbeit unterstrichen. Auch müssen Aufstiegschancen und die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt gleich verteilt sein und gleiche Arbeit mit gleichem Lohn entgolten werden.

Im Kontext der Corona-Pandemie genießen diese Forderungen einen besonders großen Stellenwert, da nachweislich Frauen stärker als Männer unter der Mehrfachbelastung leiden, die sich aus Kinderbetreuung und Homeschooling einerseits und Erwerbsleben – zum Teil im Homeoffice im selben Raum – ergeben und Frauen zudem viel mehr in Berufen arbeiten, die einer besonderen Gefährdung durch das Coronavirus ausgesetzt sind, etwa im Gesundheitswesen oder im Einzelhandel.

Vor diesem Hintergrund haben wir in die nächste Ratsversammlung eine Anfrage eingereicht: Wir wollen wissen, auf welchen Tag in der Stadtverwaltung der Equal Pay Day fällt und wie hoch der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen und Männern ist, die bei der Landeshauptstadt beschäftigt sind. Auskunft soll die Verwaltung auch darüber geben, mit welchen Maßnahmen sie die Lohngerechtigkeit fördert und welchen Erfolg diese Maßnahmen zeitigen. – Zum Hintergrund: Vor fünf Jahren lag der Equal Pay Day für Beschäftigte der Stadt auf dem 15. Januar, deutschlandweit hingegen fiel er erst auf den 19. März.

Neubau des Misburger Bades

Der Neubau des Misburger Bades, für den der Bundestag vor einer Woche eine Förderung von drei Millionen Euro bewilligt hat, kann beginnen. Am vergangenen Montag (8. März) haben wir im Sportausschuss und zwei Tage später im Haushaltsausschuss den Weg dafür freigemacht. Ausgestattet werden soll das Bad mit einem 25-Meter-Becken mit einer Sprunganlage, mit einem Lehrschwimmbecken und einem Kinderbecken sowie einer Sauna. Nach derzeitiger Schätzung wird die Förderung des Bundes ungefähr ein Zehntel der Kosten für den Abriss und den anschließenden Neubau decken. Eröffnet werden soll das neue Misburger Bad im Herbst 2023.

Blick auf das alte Misburger Bad.
© SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Beschlossen haben wir im Sportausschuss außerdem neue Grundsätze der Sportförderung. Damit erhalten Sportvereine eine größere Planungssicherheit und mehr Unterstützung für inklusive und integrative Angebote. Auf unseren Antrag hin wurden die Möglichkeit, nicht organisierten Sport zu fördern, ausgeweitet und die Regelung für Zuwendungen zur Teilnahme an Sportturnieren klarer gefasst.

Stärkung von Wohnungsbau, Messe und Katastrophenschutz

Facebook-Post vom 10. März 2021.

Als letzter Fachausschuss hat am Mittwoch (10. März) der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung über den Haushaltsplan 2021/2022 beraten. Mit dem Verzicht auf die Gewinnausschüttung der hanova Wohnen von jährlich einer Million Euro haben wir das Eigenkapital unserer städtischen Wohnungsbautochter gestärkt. Sie soll dieses Geld in den Bau von Wohnungen für untere und mittlere Einkommen investieren.

Eine Stärkung des Messestandortes Hannover erwarten wir von einem Konzept für eine zukunftsfähige urbane, nachhaltige und kreative Messe, das gemeinsam mit hannoverimpuls, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft von Stadt und Region, entwickelt werden soll. Das Messegelände soll nach unseren Vorstellungen auch für Kulturveranstaltungen oder durch Sportvereine sowie für die Ansiedlung von Startups und Unternehmensgründungen genutzt werden.

Damit die Hilfsorganisationen ihre Pflichtaufgaben im Katastrophenschutz wahrnehmen können, haben wir Mittel bereitgestellt, die ihre Einnahmeausfälle in Folge der Pandemie teilweise ausgleichen.

Verstärkte Anstrengungen erwarten wir von der Verwaltung bei der Einwerbung von Fördermitteln der Europäischen Union. Zugleich soll die Stadt die Chancen freier Träger bei der Einwerbung solcher Fördermittel erhöhen, indem sie durch einen Zuschuss den geforderten Eigenanteil aufstockt.

Die Bemühung des Kommunalen Präventionsrates, zu mehr Sicherheit und zu einem erhöhten Sicherheitsempfinden in Hannover beizutragen, unterstützen wir durch eine Mittelaufstockung für den KPR.

Mehr Service für die Bürger*innen versprechen wir uns einerseits von der Umgestaltung der Ausländerbehörde zu einem Immigration and Welcome Center sowie durch die Ausweitung der Möglichkeiten bargeldlosen Zahlens.

Beschlossen hat der Haushaltsausschuss außerdem neue Taxientgelte. Nachdem die Regionsversammlung bereits am 25. Februar den Weg hierfür freigemacht hatte, wird nun auch der Rat in der kommenden Woche diese Änderung beschließen können. Damit kann ab dem 1. Mai endlich ein

einheitlicher Taxitarif in der gesamten Region gelten! Insgesamt wird die Tarifstruktur erheblich vereinfacht, da an allen Tagen rund um die Uhr nur ein einziger Tarif gelten wird. Auch wenn Taxifahrten ein wenig teurer werden, wobei der Anstieg auf kurzen Strecken deutlich niedriger ausfällt, liegt Hannover weiterhin im unteren Mittelfeld der Tarife in vergleichbaren Städten.

In diesem und im kommenden Jahr werden Kinder und Jugendliche kostenfrei ins Museum gehen können. Dem einstimmigen Beschluss des Kulturausschusses am 19. Februar sind wir gefolgt, womit nun unser Beschluss zum Haushalt 2019/2020 umgesetzt wird. Mit dem freien Eintritt in die städtischen Museen (der zunächst für zwei Jahre erprobt wird) wollen wir die Schwelle für Kinder und Jugendliche senken, diese wichtigen Bildungsstätten zu besuchen, und zugleich Familien entlasten.

Für attraktivere Märkte

Um die Bekanntheit von Wochenmärkten zu steigern und neue Kund*innen zu gewinnen, hatten wir vor fünf Jahren ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung der Märkte in Auftrag gegeben. Zu dem Zehn-Punkte-Plan, der daraus entstanden und der in den letzten drei Jahren erprobt worden ist, hat die Verwaltung heute (12. März) dem Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten eine Auswertung vorgelegt.

Demnach sind etliche Wochenmärkte zusätzlich mit sogenannten Non-Food-Ständen ausgestattet worden, an denen vorwiegend Handwerksarbeiten angeboten werden. Auch gibt es auf verschiedenen Wochenmärkten Probiertage, an denen Spezialitäten verkostet werden können, sowie Imbissstände, die zusätzlich zum Verweilen einladen. Und schließlich sind auch einige Samstagsmärkte eingeführt worden. Insgesamt ist damit das Angebot an und auf Wochenmärkten erweitert worden, und die Märkte selbst – und damit auch die Händler*innen – sind dadurch gestärkt worden. Auch das Umfeld der Märkte wird dadurch belebt und die örtliche Wirtschaft auf diese Weise unterstützt.

Ergänzt werden die Wochenmärkte durch Bauernmärkte, auf denen frische Waren aus regionaler Landwirtschaft angeboten werden. Zuletzt ist hier auf unser Betreiben ein Bauernmarkt in Kleefeld hinzuge-

Facebook-Post vom 12. März 2021.

kommen. Insgesamt hat sich unser Vorstoß also ausgezahlt: Durch unsere Initiative ist das Marktwesen in Hannover attraktiver geworden.

Anträge:
Umsetzung des Kulturentwicklungsplans, Erweiterung der IGS Stöcken

Die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans, der im Zuge der – letztlich leider erfolglosen – Bewerbung unserer Stadt um die Kulturhauptstadt Europas 2025 erarbeitet worden ist, stand im Mittelpunkt unserer Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag (9. März). Nachdem die Verwaltung einen Vorschlag hierzu vorgelegt hat, haben wir nun einen Antrag erarbeitet, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen bevorzugt umgesetzt werden sollen. Dabei stützen wir uns auf ein Positionspapier, das unsere Fraktion vor einem Jahr beschlossen hat. Dementsprechend wünschen wir uns, dass Maßnahmen zur Kulturentwicklung in den Stadtteilen, zur Entwicklung der Museen, zur Internationalisierung – unter besonderer Berücksichtigung von Hannovers Städtepartnerschaften –, zur Digitalisierung und zur kulturellen Bildung bei der Umsetzung des Kulturentwicklungsplans vordringlich bearbeitet werden.

Da die Zahl der Schüler*innen steigt, die die Integrierte Gesamtschule Stöcken besuchen wollen, wollen wir die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen, unter welchen Bedingungen diese IGS auf bis zu sieben Züge erweitert werden könnte. Bereits zum kommenden Schuljahr sollte nach unseren Vorstellungen die Erweiterung der IGS Stöcken auf sechs Züge ermöglicht werden.

Die beiden Anträge werden nun von unseren „Ampel“-Partnerinnen, den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP, beraten.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,
Facebook: https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover,
Instagram: https://www.instagram.com/spdrathannover/, Twitter: https://twitter.com/spdrathannover/
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.